Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 15. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/7333 –

zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

A. Problem

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, unverzüglich und aktiv darauf hinzuwirken, dass

- die Angriffe auf Afghanistan sofort eingestellt werden, um die Bedingungen für die humanitäre Hilfe im ganzen Land zu verbessern und damit insbesondere Binnenflüchtlingen das Überleben zu sichern;
- 2. jede Form der Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan ausgeschlossen bleibt und eine Ausweitung der Militäraktionen auf andere Staaten sowie eine Einbeziehung weiterer Staaten in den Krieg nicht erfolgt:
- 3. die demokratische Opposition inner- und außerhalb Afghanistans und die im Ausland lebenden Flüchtlinge sowie insbesondere emanzipatorische afghanische Frauenorganisationen in jeder Hinsicht unterstützt werden, damit diese in einem gemeinsamen Prozess, an dem die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beteiligt sind, politische Schritte und Lösungen einleiten und herbeiführen können, die zu einem Ende der Talibanherrschaft und zu einer neuen Regierung und Verwaltung in Afghanistan führen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/7333.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/7333 abzulehnen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose Vorsitzender Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter **Karl Lamers**Berichterstatter

Ulrich Irmer Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Karl Lamers, Dr. Helmut Lippelt, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Entschlie-Bungsantrag auf Drucksache 14/7333 in seiner 198. Sitzung am 8. November 2001 beraten.

Der Entschließungsantrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend, an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung sowie an den Haushaltsauschuss gemäß § 96 GO überwiesen.

II.

Das Mitberatungsvotum des Rechtsausschusses ist versehentlich unterblieben.

Der Verteidigungsausschuss hat den Entschließungsantrag in seiner 89. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/ CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den Entschließungsantrag in seiner 74. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Entschließungsantrag in seiner 69. Sitzung am 14. November beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag in seiner 85. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/ CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung.

IV.

Der Haushaltsausschuss wird gemäß § 96 GO gesondert Stellung nehmen.

Berlin, den 14. November 2001

Gert Weisskirchen (Wiesloch) **Karl Lamers** Berichterstatter

Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt Berichterstatter

Ulrich Irmer Wolfgang Gehrcke Berichterstatter Berichterstatter

